

aus seiner Partei auszutreten, und zum zweitenmal, als er von der CDU zum Spitzenkandidat für Brandenburg benannt wurde.

(Beifall bei CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Danke schön, Herr Ministerpräsident. Es liegt eine Anfrage vor. Sind Sie bereit, noch darauf zu reagieren? - Es tut mir leid. - Ein Antrag zur Geschäftsordnung? - Bitte schön.

Gauck (Bündnis 90/Grüne):

Ich bitte um die Gelegenheit, eine Erklärung als Vorsitzender des Ausschusses abgeben zu können.

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich stimme dem Ministerpräsidenten zu, daß es denkbar ungeeignet ist, dieses Thema zu einem Wahlkampfschlager zu machen. Ich mißbillige das ausdrücklich. Wir haben in harter und konsequenter Sacharbeit in unserem Ausschuß einen Konsens erzielt, in jeder einzelnen Sachfrage, die bei der Abarbeitung dieses Problems vor uns stand, ich betone: in jedem einzelnen Fall. Und ich kämpfe bis zum letzten Augenblick meiner Tätigkeit in diesem Hause darum, daß diese historische Aufgabe uns als gemeinsam handelndes Haus hier vorfindet.

Und Herr Ministerpräsident, aus eben dieser Sorge heraus haben auch Abgeordnete dieses Hauses, die Ihrer Partei angehören, hier einen Antrag mit unterschrieben. Es geht also nicht darum, daß alle Abgeordnete, die hier ihre Besorgnis zeigen, Wahlkampf machen wollen. Das mag der eine oder andere auch tun, aber wir wollen uns das nicht zu einfach machen.

(Beifall)

Es geht hier darum, daß der Ministerpräsident möglicherweise einen Innenminister gefunden hat, der für die Aufgaben der Reorganisation der Polizei hinreichende Fähigkeiten mitbrachte. Ich kann das nicht beurteilen. Das sollen die Leute beurteilen, die auf dem Ressort arbeiten. Aber nach einhelliger Meinung der Kollegen, die auf der Strecke Staatssicherheit gearbeitet haben, hat er diese Qualifikation entgegen seinen starken Worten zu Beginn seiner Amtszeit nicht unter Beweis stellen können.

(Beifall)

Dies zeigt sich insbesondere in der kritiklosen Übernahme des Personalbestandes der Regierungskommission, die aus der Modrow-Ära stammt. Insbesondere sind die Darlegungen, die wir heute gehört haben, erneut ein Beweis der unseriösen Präsentation seiner Handlungsweise, und ich möchte nur auf einen einzigen Punkt hinweisen, der sich in den heutigen Darlegungen des Innenministeriums vor diesem Haus als Widerspruch aufgetan hat. Zwei sich einander ausschließende Aussagen waren hier zu hören: Erstens: Der Ministerratsbeschuß vom 16.5. erlaubte mir nicht den Zugriff zu dem in Rede stehenden Material. - Zweitens haben wir gleichzeitig gehört, daß er eine Liste hat vorbereiten lassen. Der Abgeordnete Möller hat auf diesen Widerspruch hingewiesen, und ich sage einmal unabhängig vom Wahlkampf: Von diesen zwei Aussagen kann nur eine stimmen. Ich bitte jeden, sich das hier zu überlegen.

Gleichzeitig möchte ich jetzt auf eine andere Sache hinweisen. Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt. Sie hätten keine Hinweise gehabt, daß es hier eine Behinderung der Ausschüsse gegeben hat. Die gab es manchmal auch nicht. Aber manchmal war sie eben doch zu spüren. Und zumindest müssen Sie gehört haben, daß beide Ausschüsse einmal bis zum Präsidium der Kammer gehen mußten, um sich ihr Handlungsrecht zu erstreiten. Sie mußten sich ihre Vollmacht erkämpfen und mußten ertragen, von einem Minister zu hören, daß gültige Beschlüsse der Kammer keine hinreichende Rechtsgrundlage für das Handeln der Ausschüsse seien.

(Beifall bei der SPD)

All dies kann Ihnen nicht verborgen gewesen sein.

Der Innenminister hat sich häufig in Gesprächen mit uns auf die Unterstützung, die Sie selbst ihm gegeben haben, berufen, und er hat Rechtsbedenken vorgetragen in der Abarbeitung der OibE-Problematik. Sie haben uns davon überzeugt, in dieser Angelegenheit übervorsichtig zu sein. Wir wollten den Konflikt mit Ihrem Hause nicht suchen und haben uns auf Grund Ihrer Vorhaltungen dazu überreden lassen, mit jedem einzelnen OibE zunächst das persönliche Gespräch zu suchen, und zwar nur die Abgeordneten.

Wir haben das ernsthaft angefangen und hätten das vielleicht auch noch ein bißchen länger gemacht. Dann kam aber die Angelegenheit dazwischen, daß wir einem Gesetz aufhelfen mußten, das aus Ihrem Hause nicht im Interesse des Anliegens aller Fraktionen vorbereitet worden war. Da konnten wir nicht weiterarbeiten, da mußten wir eine andere Arbeit tun. Wir haben gearbeitet wie die Tiere, und wir haben hier nichts verschlampt.

(Beifall bei der SPD, bei Bündnis 90/Grüne und bei der DSU)

Es ist richtig, daß wir uns der OibE-Problematik angenommen haben. Aber es ist auch richtig, daß Sie vor dem Ausschuß mehr als einmal unsere Berechtigung zu diesem Tun stark in Frage gestellt haben.

Sie haben uns vorgeworfen, daß wir hier Aufgaben der Exekutive quasi okkupieren, und wir mußten erst mit den Beschlüssen der Kammer argumentieren, die unserem Ausschuß neue Spezialthemen zugewiesen hat und somit unter Beweis gestellt hatte, daß dieser Ausschuß die letzte Adresse in Stasi-Angelegenheiten sein sollte.

Mit dieser Argumentation und unserer Entschlossenheit, einem wichtigen gesellschaftlichen Problem auf den Leib rücken zu müssen, haben wir uns die Fähigkeit Schritt für Schritt erkämpft, hier Sacharbeit zu tun.

Sie haben das an einem bestimmten Punkt auch akzeptiert und haben uns gelegentlich wissen lassen, daß es ganz gut wäre, Sie wüßten auch mehr, nachdem Sie diese Listen abgegeben hatten. Sie haben kein einziges Mal einen offiziellen Vorgang zuwege gebracht, wie ihn andere Ressortchefs sehr wohl zuwege gebracht haben. Wir haben ein Telefonat zwei Tage vor Ihrer Freitagspressekonferenz allerdings so ernst genommen, Ihnen nun ganz verstärkt die Zuarbeit zu machen.

Insofern ist es richtig, daß Sie erst seit kurzem im Besitz der betreffenden Namen sind. Ich habe hier etwas weiter ausgeholt, um darzutun, daß wir nicht der Ansicht sein konnten, daß in Ihrem Hause am vordringlichsten an dieser Aufgabe gearbeitet wurde. Andere Ministerien haben hier anders gehandelt.

Seit gestern gibt es einen Vorgang, daß der Ministerrat einen Beschluß gefaßt hat, der ist uns gestern überbracht worden. Es war nicht zu leisten, daß der Ministerpräsident bereits heute die Liste, die sein Haus interessiert, in der Hand haben konnte, es wird daran gearbeitet.

Ich habe mir jetzt ein wenig mehr Zeit genommen, als es notwendig war; aber Sie haben interessiert zugehört. Ich kann Ihnen nicht eine Empfehlung aussprechen, wie Sie jetzt abstimmen sollen. Das werden Sie zu bewerten haben. Ihnen steht zur Fachberatung der Rat des Kollegen aus jeder Fraktion zur Verfügung, der genauer darüber Auskunft geben kann, was ich hier berichtet habe.

Ich möchte mich bedanken für Ihre Geduld, und ich habe eine große Bitte, die ich eingangs bereits gesagt habe: Kehren wir zurück zu der Würde, die uns eingangs bewegt hat, als wir dieses Haus betreten haben, wo wir gefunden haben, es ist notwendig, einen Ausschuß zu schaffen, der Ordnung schafft. Wir haben zuviel Schwierigkeiten damit gehabt. Aber es gibt Schwierigkeiten, die müssen, und wenn sie noch so groß sind, angepackt und überwunden werden. Und dies ist eine davon.

(Beifall bei SPD, bei Bündnis 90/Grüne, bei F.D.P., DSU und CDU/DA)